



Gemeinsamer Änderungsantrag von FDP, Grüne und CDU zur Ratsversammlung am 23.03.18: TOP Antrag der SPD zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Straßenausbausatzung ist zum 26.01.2018 rückwirkend aufzuheben.

Begründung:

Zuletzt haben am 12.10.17, 04.12.17 der Ausschuss für Bau und Verkehr und am 08.12.17 die Ratsversammlung zum Thema Straßenausbaubeiträge getagt und Beschlüsse für eine geänderte Straßenausbausatzung gesetzeskonform herbeigeführt.

Der Gesetzentwurf „Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge“ der Landtagsfraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP wurde durch den Landtag am 14.12.2017 mehrheitlich mit Enthaltung der SPD beschlossen und kann erstmalig zum 26.01.2018 angewendet werden.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktionen

Rüdiger Tonn (FDP), Ali Demirhan (Grüne) und Sven Minge (CDU)